

Aus dem Rundbrief der GWPf vom 9. März 2019

geschrieben von Chris Frey | 14. März 2019

EU-Führer fürchten, dass steigende Energiepreise den populistischen Parteien bei der Europawahl Auftrieb verleihen wird

Die Bürger Europas sind in diesem Jahr mit höheren Energierechnungen konfrontiert, steigen doch die Preise im Großhandel und für Umweltbelange. Dies gibt zu Befürchtungen der Mächtigen Anlass, dass populistische Parteien die großen Gewinner der Wahlen sein werden. – Energy Reports, 23. Februar 2019

Energie-Revolten & Die Krise der Grünen Agenda von Europa

Die Politik der EU bzgl. grüner Energie ließ inzwischen in der Öffentlichkeit großen Verdruss aufkommen und führte zum Aufstieg populistischer Parteien, welche die Grüne-Energie-Agenda ablehnen.

Außerdem hatte diese Politik folgende Konsequenzen:

- signifikant gestiegene Energiepreise
- verringerte Wettbewerbsfähigkeit europäischer Industrien
- Scheitern bei der Lösung der technologischen Achillesferse der unberechenbaren Erneuerbaren
- abnehmende Energiesicherheit und Abhängigkeit von russischen Energie-Importen
- zunehmende Teilung zwischen Westeuropa einerseits sowie Mittel- und Osteuropa andererseits.

Benny Peiser, De-Greening Day, Amsterdam, 7. März 2019

Mit den stark steigenden Energiepreisen werden die Holländer immer klimaskeptischer

Die Anzahl der niederländischen Bürger, welche sich hinsichtlich des Klimawandels Sorgen machen, hat während der letzten Monate drastisch abgenommen. Die Menge derjenigen, denen die Maßnahmen bzgl. Treibhausgas-Emissionen viel zu weit gehen, ist seit Verkündung der Klimapläne der Regierung erheblich gestiegen, wie aus einer Umfrage von Peter Kanne bei I&O Research hervorgeht. Ende 2015 waren zwei Drittel der Niederländer noch der Ansicht, dass die Regierung mehr tun müsse, um

Treibhausgas-Emissionen zu begrenzen. Jetzt sind es lediglich noch 48%. Im gleichen Zeitraum ist die Gruppe mit dem Standpunkt, dass die Regierung weniger in dieser Hinsicht machen sollte, von 7 auf 19% gestiegen. – NL News, 7 März 2019

Kohlenstoff-Steuern könnten die Wahl in den Niederlanden entscheiden

Am 20. März stehen in den Niederlanden die Wahlen zu den Provinz-Parlamenten an, welche wiederum im Mai einen neuen Senat wählen werden. Trends in Wahlumfragen zeigen, dass die Koalition von [Ministerpräsident] Rutte ihre gegenwärtige Mehrheit von einem Sitz im Senat verlieren wird. Falls das der Fall ist, würde die Regierung die Unterstützung der Unterstützung von mindestens einer Oppositionspartei benötigen, um ihre Klimapläne umzusetzen. – NL Times, 8. März 2019

Übersetzt von Chris Frey EIKE